

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 61. und 62. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 11. Dezember 2003, und Freitag, dem 12. Dezember 2003

1. Abgeordnete
Margit Mohr,
Franz Schwarz und
Manfred Nink (SPD)

Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar nach Homburg

Am 14. Dezember 2003 wird die S-Bahn-Linie Rhein-Neckar von Osterburken bis nach Kaiserslautern in Betrieb genommen. Von Kaiserslautern bis Homburg verkehren weiterhin Regionalzüge.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Kooperation der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die S-Bahn Rhein-Neckar und die Gestaltung des ÖPNV-Angebotes?
2. Wie wird das neue S-Bahn-Angebot in den Rheinland-Pfalz-Takt integriert?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Zukunftsperspektive über den Einsatz der S-Bahn für die Schienenstrecke von Kaiserslautern nach Homburg?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Perspektive im Hinblick auf die Tarifentwicklung durch die Integration des Westpfalzverkehrsverbundes in den Verbund Rhein-Neckar?

2. Abgeordneter
Heinz-Hermann Schnabel
(CDU)

Gemeindegebietsreform in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung in absehbarer Zeit eine Gebietsreform durchführen?
2. Gibt es bereits konkrete Überlegungen der Landesregierung zu einer Gemeindestruktur- und Gebietsreform und wie sehen diese aus?
3. Wird die Landesregierung die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Kommunen“ in dieser Angelegenheit abwarten?
4. Kann die Landesregierung die von dem Abgeordneten Creutzmann genannten Zahlen hinsichtlich eines Einsparpotentials in der Verbandsgemeinde Dudenhofen bei einer Gebietsreform in Höhe von 250 000 Euro bestätigen?

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Die Mündlichen Anfragen Nr. 10 und 13 sind fristgerecht für die 62. Sitzung am Freitag, den 12. Dezember 2003 eingegangen.

3. Abgeordnete**Elke Kiltz****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Haltung der Landesregierung zur Initiative von neun europäischen Regionen zur Koexistenz von Gentechnik und konventioneller/ökologischer Landwirtschaft**

Neun europäische Regionen, darunter auch Schleswig-Holstein, haben am 4. November in Brüssel eine Resolution unterzeichnet, in der sie das Recht, sich zur GVO-freien Zone zu erklären, einfordern und auf strikte Einhaltung des Verursacherprinzips im Falle der Verunreinigung mit GVOs drängen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung diese Initiative der Regionen bekannt?
2. Wie bewertet sie diese Initiative hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz?
3. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für notwendig und angemessen, um dauerhaft eine gentechnikfreie Erzeugung von Lebensmitteln zu sichern?

4. Abgeordnete**Marlies Kohnle-Gros****(CDU)****Strafverfolgungsstatistik 2002**

Am Freitag, den 5. Dezember 2003 hat das Justizministerium die Strafverfolgungsstatistik 2002 veröffentlicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Worin liegen die Ursachen für die deutlich höhere Anzahl der Verurteilten in den Achtziger Jahren?
2. Welche Schlüsse müssen aus der weiter steigenden Zahl von verhängten Freiheitsstrafen gezogen werden?
3. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dem Umstand, dass der Anstieg der Jugendkriminalität mit 11,8 % überdurchschnittlich ist?
4. Ist auch im Bereich der Strafverfolgungsstatistik ein Abflachen des Stadt-Land-Gefälles zu beobachten?

5. Abgeordneter**Dr. Peter Schmitz (FDP)****Praxisgebühr**

In Anbetracht der bis zum 1. Januar 2004 bestehenden Zeitknappheit wird sowohl aus dem Kreis der Versicherten als auch aus dem der Leistungserbringer heraus die Frage nach der Umsetzung der im GKV-Modernisierungsgesetz eingeführten Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro immer dringlicher gestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie weit sind die Planungen zur Umsetzung der vorgesehenen Praxisgebühr gediehen, und welche konkreten Einzelregelungen sind bislang vorgesehen bzw. geplant?
2. In welcher Weise wirken sich Überweisungen und die Reihenfolge der aufgesuchten Leistungserbringer auf die Gesamthöhe der in einem Quartal zu leistenden Gebühr konkret aus, und inwieweit entspricht die Höhe der Zuzahlung (10 Euro) bei z. B. ausschließlicher Inanspruchnahme der Leistungsposition BEMA „Ä 1“ (Honorar ca. 5 Euro) dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit?
3. Wenn ein Sozialhilfeempfänger als Notfall die 10 Euro nicht zahlt, er auch wegen der Unpfändbarkeit der Sozialhilfezahlungen nicht in Anspruch genommen werden kann, muss dann das Sozialamt zahlen oder der Leistungserbringer dennoch 10 Euro an die Kasse abführen?
4. Welche Kosten werden den Leistungserbringern voraussichtlich durch die Ausstellung der Quittung oder aber das Inkassorisiko entstehen, und inwieweit ist hier an eine Kompensation gedacht?

6. Abgeordnete**Ise Thomas****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Studierende an den rheinland-pfälzischen Hochschulen**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Hochschulzugangsberechtigte haben sich an den Hochschulen des Landes um einen Studienplatz für die Wintersemester 2002/2003 und 2003/2004 beworben (bitte nach den einzelnen Semestern und Universitäten und den Fachhochschulen insgesamt aufschlüsseln)?
2. Wie viele Studienanfängerinnen und -anfänger haben in den Wintersemestern 2002/2003 und 2003/2004 ihr Studium an den rheinland-pfälzischen Hochschulen begonnen (bitte nach den einzelnen Semestern und Universitäten und den Fachhochschulen insgesamt aufschlüsseln)?
3. Wie viele Studienanfängerinnen und -anfänger sind nach Einschätzung der Landesregierung auf einen nicht zulassungsbeschränkten Studiengang ausgewichen, nachdem sie in einem zulassungsbeschränkten Studiengang nicht angenommen wurden?
4. Wie wirkt sich die Tatsache höherer Studierendenzahlen in der Regelstudienzeit auf die finanzielle Ausstattung der Hochschulen nach Maßgabe des Personalbemessungskonzepts (PBK) und des Mittelbemessungsmodells (MBM) aus?

7. Abgeordnete**Ulla Brede-Hoffmann****(SPD)****Umsetzung bundesweit einheitlicher Bildungsstandards in Rheinland-Pfalz**

Die 304. Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 4. Dezember 2003 in Bonn erstmals bundesweit einheitliche Bildungsstandards beschlossen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Beschlüsse der KMK vom 4. Dezember 2003 zur Einführung bundesweit einheitlicher Bildungsstandards und ihre Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Umsetzung dieser Beschlüsse?

8. Abgeordnete**Ulla Brede-Hoffmann****(SPD)****Ganztagsschulentwicklung in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird sich unter Berücksichtigung der neu erteilten Errichtungsoptionen für Ganztagschulen in neuer Form im Schuljahr 2004/2005 deren Verteilung regional und schulartbezogen darstellen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die bisher umgesetzten und geplanten Organisationsmodelle im Hinblick auf die in der Entwicklungsphase vorgegebenen Zielsetzungen und unter dem Aspekt der Schulentwicklung durch Ganztagsangebote?
3. Weisen die Konzepte und Organisationsformen der geplanten und mit Errichtungsoptionen versehenen Schulen wesentliche Unterschiede zu den in dem Bericht der Landesregierung (Drucksache 14/2651) dargestellten Ganztagschulen seit dem Schuljahr 2002/2003 auf?

**9. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)****Jugendheim „Mühlkopf“ in Rodalben, Modell „Heimerziehung statt Untersuchungshaft“**

Nach dem tragischen Ereignis in dem Jugendheim in Rodalben, bei dem eine Mitarbeiterin von drei Jugendlichen bei einem Fluchtversuch tödlich verletzt wurde, ergeben die Ermittlungen nun, dass sowohl die Einweisung der Jugendlichen in das Heim als auch das dem Heimbetrieb zugrunde liegende Konzept nicht unumstritten sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurden die von der Heimleitung schriftlich vorgetragene Bedenken hinsichtlich der Eignung eines der Täter für das Heim als nicht stichhaltig bezeichnet und welche Maßnahmen hat man getroffen, um die Bedenken in rechtlicher wie tatsächlicher Hinsicht auszuräumen?
2. Warum wurde in dem an das Jugendheim gerichteten Schreiben unter Androhung des Projektendes auf die Aufnahme der Jugendlichen gedrängt?
3. Inwieweit wurde bei der Erstellung des dem Heimbetrieb zugrunde liegenden Konzeptes auf mögliches Gewaltpotential der Jugendlichen Rücksicht genommen und welche organisatorischen wie personellen Vorkehrungen hat man getroffen?
4. Stimmt die Landesregierung zu, dass es unverantwortlich wäre, den Heimbetrieb in der gegenwärtigen Form weiterzuführen?

**10. Abgeordnete
Michael Hörter und
Josef Keller (CDU)****Sicherheitsstandards an Schulen**

Vor einigen Tagen ist eine siebenjährige Schülerin in der Schultoilette einer Koblenzer Grundschule sexuell missbraucht worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Aufsichtspflicht beim Toilettengang von Schülerinnen und Schülern während des Unterrichts, insbesondere in der Grundschule, geregelt?
2. Welche Vorkehrungen müssen die Schulen nach Meinung der Landesregierung treffen, um Kinder vor gewalttätigen Übergriffen während der Unterrichtszeit auf dem Weg zur oder von der Toilette und in der Toilette zu schützen?

**11. Abgeordneter
Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Struktureller Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der strukturelle Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen insgesamt und an ihren einzelnen Schulformen im Schuljahr 2003/2004?
2. Wie viele Lehrerwochenstunden weniger als das angeforderte und anerkannte Soll erhielten die berufsbildenden Schulen insgesamt und ihre jeweiligen Schulformen (bitte absolute und prozentuale Angaben)?
3. Wie viele Lehrkräfte (Stellenäquivalente) mehr, als den berufsbildenden Schulen zu Beginn des Schuljahres zugewiesen, wurden von den berufsbildenden Schulen zur Abdeckung der Unterrichtsversorgung angefordert?
4. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchten bzw. besuchen in den Schuljahren 2001/2002, 2002/2003 und 2003/2004 jeweils Klassen des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) und des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ)?

**12. Abgeordneter
Reinhold Hohn (FDP)****Steigende Zahl an Drogenfahrten**

Die Zahl der unter Drogeneinfluss stehenden Verkehrsteilnehmer steigt stetig. Groß angelegte Verkehrskontrollen in jüngster Zeit, wie beispielsweise kürzlich in Mainz und Heidesheim, bestätigten diesen Trend.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele (Groß-)Kontrollen wurden in den letzten Monaten in welcher Region von Rheinland-Pfalz zur Ahndung von Verkehrsverstößen wegen Fahrens unter Alkohol- bzw. Drogeneinfluss mit welchem Ergebnis durchgeführt?
2. Wie viele Fahrzeuge und Personen wurden im Rahmen der jeweiligen (Groß-)Kontrolle überprüft und nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der kontrollierten Fahrzeuge?
3. Welche Art von Drogen wurden in welchem konsumierten Umfang anhand welcher Kontrollkriterien im Rahmen der jeweiligen (Groß-)Kontrolle festgestellt?
4. Welche Erfahrungswerte konnten im Rahmen der bislang durchgeführten (Groß-)Kontrollen hinsichtlich der Altersstruktur und des Geschlechts der unter Drogeneinfluss stehenden Verkehrsteilnehmer gewonnen werden?

**13. Abgeordneter
Herbert Jullien (CDU)****Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Zahl von Unternehmensinsolvenzen ist in Rheinland-Pfalz für 2003 bis zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr und den letzten zehn Jahren zu erwarten?
2. Wie verteilen sich die Unternehmensinsolvenzen auf die verschiedenen Branchen der Wirtschaft?
3. Wie viele Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitnehmern mussten wegen der Insolvenzen dieses Jahres bisher beendet werden?
4. Welche Ursachen waren für die diesjährigen Insolvenzen überwiegend maßgeblich, zum Beispiel zu schwache Nachfrage infolge der Binnenkonjunktur, für den Wettbewerb zu hohe Lohnstückkosten und Produktionskosten insgesamt, eine mangelhafte Eigenkapitaldecke der Unternehmen, schärfere Kreditkonditionen der Banken, Standortnachteile oder Sonstiges?

**14. Abgeordnete
Margit Mohr (SPD)****Geothermie in Rheinland-Pfalz**

Die Geothermie ermöglicht es, Strom und Wärme zu produzieren. Der aus ihr gewonnene Strom ist grundlastfähig, was ein erheblicher Vorteil gegenüber anderen erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie ist. Für die Zukunft gehört sie deswegen zu den zentralen Bausteinen eines klimaverträglichen Energiemix für Deutschland.

Im nunmehr vorliegenden Entwurf zur Neufassung des „Erneuerbaren Energien Gesetzes“ (EEG) wird daher der Geothermie eine besondere Bedeutung zugemessen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die geologischen Voraussetzungen für die Erdwärmenutzung zur Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz?
2. An welchen Standorten in Rheinland-Pfalz wird bereits Erdwärme genutzt bzw. welche Standorte befinden sich in der Planung zur Erdwärmenutzung?
3. Welche Forschungs- und Technologieinfrastruktur ist nach Kenntnis der Landesregierung in Rheinland-Pfalz vorhanden, um die weitere Entwicklung der Erdwärmenutzung zu unterstützen?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um den Ausbau von Rheinland-Pfalz zur Referenzregion für Geothermie voranzutreiben?

15. Abgeordnete**Petra Elsner und
Beate Reich (SPD)****Betriebliche Gesundheitsvorsorge – AK „Gesunde Unternehmen“**

Im Spätherbst wurde in Remagen der Arbeitskreis „Gesunde Unternehmen“ vorgestellt. Dieser besteht aus spartenübergreifenden Unternehmen aus dem Landkreis Ahrweiler. Initiiert wurde dieses Projekt von der AOK Ahrweiler mit Unterstützung der AOK Rheinland-Pfalz. Die wissenschaftliche Begleitung hat der Rhein-Ahr-Campus der Fachhochschule Remagen übernommen.

Der Arbeitskreis hat sich zur Aufgabe gestellt, die betriebliche Gesundheitsförderung als festen Bestandteil in die Unternehmenskultur aufzunehmen. Die Unternehmen versprechen sich hierdurch positive Auswirkungen auf den privaten und familiären Bereich ihrer Mitarbeiter. Vorrangiges Ziel ist es, positive, gesunde und persönlichkeitsfördernde Arbeitsplätze zu schaffen, die wettbewerbsfähig und für die Unternehmen zukunftsfähig und damit ein Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Realisierungschancen dieses regionalen Projektes?
2. Wodurch zeichnet sich das Projekt zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes aus Sicht der Landesregierung aus?
3. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, ähnliche Projekte in anderen Regionen des Landes anzustoßen?
4. Welche Rolle kann hierbei aus Sicht der Landesregierung der Beirat für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit übernehmen?